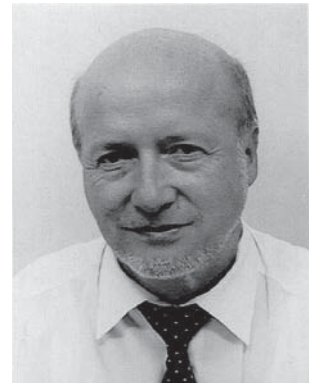


Internationale Nahrungsmittel- krise: Ursachen und Maßnahmen

Die Weltagrarmärkte sind in Bewegung geraten. Die Preise wichtiger Agrarrohstoffe sind im letzten Jahr explodiert und liegen auf historisch hohem Niveau. Die Reispreise sind in nur zwei Monaten um 75% gestiegen. Der Preis für Weizen hat sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Und auch Mais hat sich 2007 extrem verteuert. Experten schätzen, dass dies auch langfristig so bleiben wird. Trotz eines derzeit leichten Abschmelzens des hohen Preissockels sieht man auch künftig die Preise im Aufwärtstrend. Die Preisexplosion bei den Agrarrohstoffen hat inzwischen auch die Nahrungsmittelpreise erfasst und vor allem in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern Preissteigerungen allein im Jahr 2007 von 20% bis 25% verursacht. Für die ärmsten Haushalte mit Anteilen der Nahrungsmittelausgaben am Budget von bis zu 75% ist das zweifellos eine bedrohliche Entwicklung. Zumindest für diese Betroffenen kann man von einer internationalen Nahrungsmittelkrise sprechen. Der Weltbankpräsident spricht sogar von sieben verlorenen Jahren im Kampf gegen Hunger und Armut. Er ruft zu einem „New Deal on Global Food Policy“ auf. Um die richtigen Maßnahmen ergreifen zu können, sind allerdings zunächst die Ursachen der Preisexplosion zu klären: die steigende Nachfrage nach höherwertigen Nahrungsmitteln am Weltmarkt infolge von Bevölkerungs- und Einkommenswachstum sowie von Urbanisierung in Schwellen-, Erdölexport- und Transformationsländern; eine weltweit zunehmende, massiv staatlich geförderte und durch hohe Energiepreise getriebene Umwidmung von Agrarflächen zur Produktion von Bioenergie anstelle von Nahrungsmitteln und Futtermitteln; der bereits erfolgte und noch zu erwartende schrittweise Abbau der Handelsschranken im Rahmen der Welthandelsgespräche, vor allem die Senkung von Protektion und Agrarüberschüssen in Hochpreisländern. Die Weltbank schätzt, dass bei einer Voll liberalisierung die Agrarrohstoffpreise um durchschnittlich 5,5% und die Nahrungsmittelpreise um 1,3% ansteigen. Das seit vielen Jahren zu beobachtende Absinken der Lagerbestände wichtiger Agrarrohstoffe, die inzwischen auf einem historischen Tiefstand angekommen sind, gehört ebenfalls zu den Ursachen der Krise.

Vor allem die steigende Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten sowie die davon abzuleitende vermehrte Futtermittelnachfrage in China und Indien können dabei als die langfristigen Fundamentalfaktoren und Preistreiber gesehen werden. Dass dieser Trend bereits seit einigen Jahren wirksam ist, zeigen auch die permanent sinkenden Lagerbestände. Somit ist also längerfristig mit einem Nachfrageüberhang zu rechnen. Dieser wird zweifellos verstärkt durch die starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen (Mais, Weizen, Zuckerrohr und Zuckerrüben, Ölsaaten) zur Produktion von Biokraftstoffen, Biostrom und Biowärme. Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) erwartet bis 2020 einen zusätzlichen Preisanstieg für die genannten Produkte von 10% bis knapp 30%, wenn die Bioenergie weiter wie bisher gefördert wird. Bei einem drastischen Ausbau geht das IFPRI sogar von zusätzlichen Preissteigerungen bis zu 70% aus. Der Bioenergieboom beansprucht bereits derzeit ein Drittel der Maisanbaufläche der USA und riesige Flächen an Zuckerrohr in Brasilien. Auch wenn dies insgesamt nur knapp 2% der Weltackerfläche ausmacht, ist der erhebliche Preiseinfluss nicht zu bestreiten. Schließlich bestimmen marginale Anbieter und Nachfrager den Preis und nicht der Durchschnittsakteur.

Neben diesen eher mittel- bis langfristig wirksamen Fundamentalfaktoren waren in jüngster Zeit aber auch noch weitere Treiber für die extreme Preisentwicklung verantwortlich. Ausgeprägte Dürreperioden in Australien und Produktions-



P. Michael Schmitz

rückgänge in wichtigen Agrarexportländern haben zweifellos ihren Beitrag ebenso geleistet wie das neu erwachte Interesse der Kapitalanleger und Spekulanten an Agrarrohstoffen. Mehr als bisher scheinen somit die Agrarmärkte mit den internationalen Energie- und Kapitalmärkten verknüpft zu sein und deren Gesetzmäßigkeiten zu unterliegen. Der Beitrag der Spekulanten und Kapitalanleger zur Preisexplosion wird dabei allerdings häufig überschätzt, auch wenn es politisch populär sein mag, von eigenen Versäumnissen abzulenken. Terminmärkte können sich nicht dauerhaft von den Fundamentalfaktoren entfernen und frisches Kapital ist allemal dringend notwendig zur Auflösung des Investitionsstaus in Land- und Ernährungswirtschaft zahlreicher Entwicklungsländer.

Um die Nachfrage getriebene Knappheit nicht überschießen zu lassen, ist vor allem das weltweite Agrarangebot zu mobilisieren. Bei knapper werdenden Flächen muss insgesamt intensiver produziert werden. Dass dies nachhaltig geschehen sollte, ist eine Selbstverständlichkeit. Es kann nur mit modernen Betriebsmitteln und innovativer Technik geleistet werden. Hier sind vor allem die Hersteller von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, von Landtechnik und Saatgut sowie von Futtermitteln gefordert, unterstützt von leistungsfähigem Handel und moderner Logistik. Wir brauchen eine neue grüne Revolution, die auch mit staatlicher Unterstützung der Agrarforschung vorangetrieben werden sollte. Die Umstellung der Weltlandwirtschaft auf den Ökolandbau – wie es kürzlich der selbsternannte Weltagrarrat gefordert hat – sowie der Verzicht auf eine „industrialisierte Landwirtschaft“ – gemeint ist die Arbeitsteilung von Landwirten und ihren Marktpartnern in der Nahrungskette – ist dagegen der falsche Weg. Bei weiterem Bevölkerungswachstum wäre damit nicht nur ein dramatisch zunehmender Flächenverbrauch inklusive Regenwaldflächen verbunden, sondern auch eine deutliche Zunahme von Hunger und Armut in der Welt.

Für die Mobilisierung der Angebotspotenziale sind die richtigen agrarpolitischen Weichenstellungen vorzunehmen. Dazu gehören zweifellos die Abschaffung von Agrarproduktionsquoten und Flächenstilllegungsmaßnahmen; der Verzicht auf die Extensivierungsförderung und der Rückbau von Ausgleichsflächen für den Naturschutz; die Überprüfung der massiven Bioenergieförderung, die zu Lasten der Nahrungsmittel- und Futtermittelproduktion sowie der stofflichen Verwertung nachwachsender Rohstoffe geht; eine Pflanzenschutz- und Gentechnikpolitik mit Augenmaß, die Sicherheit gewährleistet, aber nicht die Märkte zerstört; der Verzicht auf Exportsteuern und sonstige Export beschränkende Maßnahmen, wie sie derzeit in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern zur heimischen Inflationsbekämpfung praktiziert werden, sowie die Abschaffung von Importsubventionen und Industrieprotektion in Entwicklungsländern, die Korrektur ihrer überbewerteten Währungen sowie die Auflösung staatlicher Monopole bei der Vermarktung von Nahrungsgütern, was insgesamt Landwirtschaft und Landwirte der Dritten Welt diskriminiert.

Ein Abbau aller dieser angebotsseitigen Hemmfaktoren könnte mittel- bis langfristig die Knappheit an den internationalen Nahrungsmittelmärkten lindern helfen. Für die Ärmsten der Armen mag diese Therapie zu spät kommen. Armutsbekämpfung muss auch sofort erfolgen. Alle Register der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sind zu ziehen. Und nicht zu vergessen: Entwicklungsländer müssen über ihre eigenen Versäumnisse beim Kampf gegen Hunger und Armut nachdenken und Reformen mutig vorantreiben. Land- und Ernährungswirtschaft sind dabei Schlüsselsektoren. Erst wenn diese wirtschaftlich gesund und produktiv sind, kann die Nahrungsmittelkrise wirksam bekämpft und nachhaltige Entwicklung verwirklicht werden.

*P. Michael Schmitz ist Professor für Agrar- und Entwicklungspolitik an der Universität Gießen
Michael.Schmitz@agrar.uni-giessen.de*